

## Parlamentarischer Vorstoss

2026/4856

---

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	<b>Sicherheit stärken, Freiheit sichern: Kantonale Beschaffung mobiler Fahrzeugsperrern</b>
Urheber/in:	Fraktion FDP
Zuständig:	Marc Schinzel
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	26. März 2026
Dringlichkeit:	—

---

Die Weltlage ist mit Kriegen in Europa (Ukraine) und im Nahen Osten, der die Territorien zahlreicher Staaten betrifft (Iran, Israel, Golfstaaten, Libanon) angespannter denn je. In seinem Lagebericht für das Jahr 2025 stuft der Nachrichtendienst des Bundes die Terrorbedrohung in der Schweiz als erhöht ein. Sie werde «primär von der dschihadistischen Bewegung geprägt, insbesondere durch Personen, die mit dem „Islamischen Staat“ sympathisieren oder von Dschihadpropaganda inspiriert werden» (Lagebericht 2025, S. 40). Mit dem Krieg im Mittleren Osten, in den auch Terrorbewegungen wie die Hezbollah und fanatische iranische Milizen involviert sind, ist die Lage noch verworrener geworden. Namentlich Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft, aber auch kulturelle Grossanlässe und Feste im öffentlichen Raum, sind mögliche Ziele für Terroristen.

Die Organisatoren traditioneller Grossanlässe (z.B. Fasnacht, Dorffeste) und die Gemeinden sind gefordert. Gegen Anschläge mit Fahrzeugen, die verheerende Folgen haben, müssen Strassen und Plätze mit mobilen Fahrzeugsperrern gesichert werden. Die Anschaffung oder Miete solcher Sperrern ist aufwändig und teuer und belastet die Gemeinden. Eine «Ausleihe» z.B. beim Kanton Basel-Stadt, die ebenfalls kostet, ist zudem oft nicht möglich, weil in Basel stattfindende Veranstaltungen gesichert werden müssen. Zu beachten ist, dass die Gemeinden und die von ihnen eingesetzten Dienste (Gemeindepolizei, Sicherheitsdienste) nur für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, nicht aber für die Gewährleistung der Sicherheit gegen terroristische Bedrohungen oder extremistische Gewalttaten zuständig sind. Diese Aufgabe obliegt dem Kanton. Der Kanton soll die rechtlichen Grundlagen schaffen, um eine ausreichende Anzahl (z.B. 50) mobiler Fahrzeugsperrern anschaffen zu können, die die Gemeinden bei Bedarf kostenlos nutzen können.

**Wir fordern den Regierungsrat auf, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um eine ausreichende Anzahl mobiler Fahrzeugsperrern anschaffen und an gut erreichbaren Orten lagern zu können. Diese sollen die Gemeinden bei Bedarf kostenlos nutzen können.**

---